

**Protokoll
über die Sitzung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege
am 30.10.2024 im Kreishaus, großer Sitzungssaal**

entschuldigt: Landrat Christoph Rüter, Sozialdezernent Ingo Tiemann, Helga Reinisch, Vanessa Kamphemann, Vera Backhaus, Bürgermeister Ulrich Berger, Bürgermeister Michael Berens, Dr. med. Dieter Specht, Dr. Jan Hinnerk Stange, Christian Bambeck, Alexander Mader, Jutta Vormberg, Martina Jannewers, Patrick Behne, Nils Delker, Longinus Lomp, Mirielle Röttger, Vivian Seidensticker

anwesend:

Mitglieder: siehe Liste der Teilnehmenden der Sitzung vom 30.10.2024

Vorsitzende: Kirsten Ruenbrink, Amtsleitung Sozialamt

von der Verwaltung: Johanna Jakobi, WTG-Behörde
Isabella Jakoby, WTG-Behörde
Lisa Weber, Sozialplanung (Geschäftsführung)

Referentinnen und

Referenten: Ulrike Molitor, VKA, Leitung Fachbereich Ethik, AchtsamZeit – Hospizdienst und gesundheitliche Vorsorgeberatung
Sabine Breimann, VKA, Projektleitung Lebenswert

zu TOP 1: Begrüßung

Kirsten Ruenbrink entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Rüter und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste der Konferenz. Die Beschlussfähigkeit der Konferenz wird festgestellt und TOP 9 wird in den Teil I der Konferenz vorgezogen.

zu TOP 2: Protokoll der Sitzung vom 10.04.2024

Das Protokoll der Sitzung vom 10.04.2024 gilt gemäß § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung als genehmigt. Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

zu TOP 3: Geschäftsordnung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege – Änderungen in § 3 „Mitglieder und Zusammensetzung“

Frau Ruenbrink lässt die anwesenden Mitglieder folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

§ 3 der Geschäftsordnung wird entsprechend der beigefügten Entwurfsfassung geändert.

Ergebnis:

Die anwesenden Mitglieder stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu TOP 4: Einsamkeit begegnen – Zugehörigkeit stärken durch Angebote zur Geselligkeit

Referentin: Sonja Bergenthal, Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz Region OWL

Anlage Nr. 1: Präsentation

Sonja Bergenthal informiert, dass Einsamkeit in 2024 als Jahresthema der Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz festgelegt wurde. Das Thema werde auf lokaler Ebene und in verschiedenen Gremien auf Bundes- und Landesebene bearbeitet. Entsprechend der aktuellen Studienlage seien vor allem junge Menschen von Einsamkeit betroffen und die kollektive Einsamkeit habe in der Gesellschaft zugenommen.

Sonja Bergenthal beschreibt, wie Hypervigilanz sozialen Rückzug verursachen kann. Diesbezüglich stellt sie fest, dass vermehrt zugehende Angebote notwendig seien, um von Einsamkeit und Isolation betroffene Menschen zu erreichen. In ländlichen Gebieten erschwere mangelnde Mobilität die soziale Teilhabe zusätzlich. Weiter betont Sonja Bergenthal, dass die Formate der Angebote angepasst werden sollten, um verschiedene Formen der Einsamkeit zu adressieren.

Sonja Bergenthal geht auf die Auswirkungen von Einsamkeit auf das Gesundheitswesen und die Gesellschaft ein und verweist auf das Kompetenznetz Einsamkeit, das aktuelle wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht.

Sonja Bergenthal zeigt abschließend das [Padlet](#) „Angebote zur Geselligkeit im Kreis Paderborn“, das vom Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz initiiert worden ist und soziale Angebote im Kreis Paderborn nach verschiedenen Kategorien transparent bündelt. Die digitale Pinnwand solle helfen, die Sichtbarkeit bestehender Angebote zu erhöhen. Ein Eintrag im Padlet erfordere lediglich einen Link, der vom Regionalbüro auf Anfrage zur Verfügung gestellt werde. Mitarbeitende des Regionalbüros würden die Beiträge vorab sichten. Besonders für mehrsprachige Angebote würde derzeit gezielt recherchiert.

Werner Jülke beschreibt die Herausforderung, Zugang zu Menschen zu finden, die zurückgezogen leben und erkundigt sich nach Lösungsideen.

Sonja Bergenthal rät zur Geduld und einer langsamen Kontaktaufnahme. Digitale Angebote seien für ältere Menschen häufig nicht bedarfsgerecht. In einigen Fällen könnten auch psychologische Interventionen erforderlich sein. Quartierstreffe wären eine Lösung, jedoch seien diese nicht überall vorhaben. Vorstellbar wären beispielweise aufsuchende Angebote der Sozialen Arbeit im Quartier mit Coffee-Bikes.

Andrea Klausing erkundigt sich nach den aktuellen Erkenntnissen zur Veränderung des Einsamkeitsempfindens in der Bevölkerung vor und nach der Pandemie.

Sonja Bergenthal schildert, dass der von Einsamkeit betroffenen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen vor der Pandemie bei 8 % lag, während der Pandemie auf 28 % anstieg und aktuell etwa 14,5 % beträgt.

Kirsten Rügenbrink bedankt sich bei Sonja Bergenthal für den Vortrag und begrüßt, dass das Padlet generationenübergreifende und niederschwellige Angebote aufzeigt.

zu TOP 5: Vorstellung der Ombudsperson für Pflege- und Betreuungsangebote nach dem WTG im Kreis Paderborn

Referentin: Margot Becker, Ombudsperson für den Kreis Paderborn

Anlage Nr. 2: Präsentation

Kirsten Rügenbrink stellt Margot Becker als erste Ombudsperson für Pflege- und Betreuungsangebote nach dem WTG im Kreis Paderborn vor, die vom Kreistag im März 2024 für drei Jahre bestellt worden ist.

Margot Becker informiert, dass sie seit sechs Monaten als Ombudsperson für Pflege- und Betreuungsangebote nach dem Wohn- und Teilhabegesetz im Kreis Paderborn tätig ist. Die Bestellung der Ombudsperson erfolgte nach einer gesetzlichen Änderung von einer Kann- zu einer Soll-Vorschrift. In Ostwestfalen-Lippe werde seit 2023 die Position zunehmend in den Kreisen etabliert.

Margot Becker erläutert, dass sie bei Problemen im Zusammenhang mit der Nutzung von Pflege- und Betreuungsangeboten kreisweit unterstütze. Dies erfolge mit einem besonderen Fokus auf konstruktive Konfliktbewältigung und Mediation durch respektvollen Umgang und gute Kommunikation zwischen den Beteiligten. Termine würden flexibel und individuell vereinbart, wobei kein Akut- oder Krisendienst vorgesehen sei. Viele Probleme würden bereits seit längerer Zeit bestehen, weshalb sich die Ombudsperson für gemeinsame Lösungswege und die Entwicklung nachhaltiger Perspektiven einsetze. Ein zentrales Anliegen sei es, Brücken zwischen den unterschiedlichen Parteien zu bauen und eine wertschätzende Kommunikation zu fördern, wobei die Bereitschaft zur Kooperation bei allen Parteien spürbar sei.

Margot Becker informiert, dass in Zukunft die Gründung eines regionalen Netzwerkes der Ombudspersonen zum Erfahrungsaustausch geplant ist. Sie verzeichne eine hohe Anzahl an Anfragen und bemerke den Wunsch der Betroffenen nach einer stärkeren Bekanntmachung des Angebotes.

Kirsten Rügenbrink bedankt sich bei Margot Becker für den Vortrag und informiert, dass zunächst eine Stelle für die Ombudsperson geschaffen wurde, um zunächst erste Erfahrungen zu sammeln.

Andrea Klausing begrüßt, dass Margot Becker mit ihren beruflichen Erfahrungen und Kenntnissen über die Angebotslandschaft im Kreis Paderborn die Stelle der Ombudsperson übernommen habe. Sie wünscht viel Freude und Erfolg bei der Ausübung ihrer neuen Tätigkeit.

zu TOP 9: Aktuelle Situationsschilderung der stationären Langzeitpflege aus Sicht der AG Heimleitungen

Referentinnen: Birgit Heckers, Sprecherin AG Heimleitungen gemeinnützige Träger; Christiane Wolf, Sprecherin AG Heimleitungen private Träger

Birgit Heckers und Christiane Wolf informieren stellvertretend für die Einrichtungsleitungen der AG Heimleitungen gemeinnützige bzw. privater Träger über die aktuelle Situation in der stationären Langzeitpflege, die ein gesellschaftspolitisches Problem darstelle und sich zunehmend verschärfe. Strukturelle Herausforderungen und der bestehende Fachkräftemangel würden die Arbeit in den stationären Pflegeeinrichtungen erheblich erschweren. Mit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung, die alle Ausbildungszweige der Pflege zusammenführt, seien erhebliche Anpassungen verbunden. Die neue Ausbildung zeige in der Praxis Herausforderungen: Die Ausbildungsansprüche seien gestiegen und die Abbrecherquote liege bei etwa 35 %. Die Anzahl der Bewerbungen entspreche etwa der Anzahl der vorhandenen Ausbildungsplätze. Der Betreuungsaufwand für die Auszubildenden sei hoch und oftmals werde eine Überforderung der Auszubildenden wahrgenommen. Die Auszubildenden würden Praxiseinsätze in unterschiedlichen Institutionen durchlaufen, was zur Tendenz führe, dass Auszubildende sich für das Arbeitsfeld der Krankenhäuser entscheiden würden und eine langfristige Bindung an die Langzeitpflege ausbleibe. Zudem sei es problematisch, dass der Ausbildungsplan für das zweite Ausbildungsjahr keine Praxisphase in stationären Pflegeeinrichtungen vorsehe.

Matthias Hansjürgens schildert die aktuelle Wahrnehmung der Pflegeschulen, dass derzeit einige Auszubildende aus dem Bereich der Krankenhäuser in die stationäre Altenpflege wechseln.

Christian Wolf berichtet, dass die Integration internationaler Pflegekräfte auf Hürden stößt, insbesondere aufgrund von sprachlichen Barrieren. Das Sprachniveau B2 würde sich oft als unzureichend erweisen.

Birgit Heckers erläutert, dass Verbundeinrichtungen häufig von zentraler Unterstützung profitieren können und autarke Häuser oftmals vor weiteren Herausforderungen stehen. Das Personalbemessungssystem nach SGB XI § 113 c führe zu weiteren Veränderungen in der Praxis. Aufgrund des Abbaus der Fachkraftquote, der vermehrten Einstellung einjährig ausgebildeter Pflegekräfte und zunehmenden Pflege und Betreuung von Bewohnenden mit hohen Pflegegraden werde befürchtet, dass langfristig die Pflegequalität abnehmen könnte. Aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels müssten einige Einrichtungen Plätze freihalten, um die Qualität und Betreuungsstandards gewährleisten zu können. Trotz zahlreicher Anstrengungen zur Reduzierung der Dokumentation, sei der Verwaltungsaufwand in den Einrichtungen weiter angestiegen. Die Sprecherinnen teilen mit, dass auch die Prüfungen durch den Medizinischen Dienst und der WTG-Behörde hohen Aufwand verursachten.

Birgit Heckers verabschiedet sich bei den anwesenden Mitgliedern, da sie zum letzten Mal an der Konferenz teilnimmt und betont abschließend, dass die Probleme der stationären Pflege nicht aus dem Blickfeld der politischen und gesellschaftlichen Diskussion geraten dürfen und gemeinsam Lösungsansätze gefunden werden müssen.

Kirsten Ruenbrink bedankt sich bei Birgit Heckers und Christiane Wolf für die Berichterstattung. Die WTG-Behörde verfolge die Situation der stationären Langzeitpflege und Einführung der neuen Personalbemessung.

Steffen Sander teilt mit, dass die Einführung der generalistischen Ausbildung aus berufspolitischer Sicht sinnvoll sei, da sie den Pflegekräften eine einheitliche Stimme verleihe und die Vielfalt der Ausbildung aufzeige. Er sehe aber die Probleme in der stationären Langzeitpflege und nehme zudem wahr, dass viele Auszubildende nach dem Abschluss den ambulanten Sektor wählen.

Werner Jülke berichtet aus seiner früheren Tätigkeit als Referent des Bundesfreiwilligendienstes, dass die Betreuung der Auszubildenden in der Praxis häufig nicht ausreichend durch examinierte Fachkräfte sichergestellt werde.

Andrea Klausning unterstützt die Aussage von Steffen Sander und fügt hinzu, dass die Abbrecherquote tatsächlich geringer ausfalle, da auch Wechsel innerhalb der Ausbildung als Abbrüche mitgezählt würden.

Gerda Lechner ergänzt, dass die Bewohnenden an den Kosten der dreijährigen Ausbildung beteiligt werden, obwohl die Auszubildenden im zweiten Lehrjahr nicht in der stationären Langzeitpflege tätig seien.

Rainer Keßler teilt mit, dass der ambulante Sektor über Entgeltpunkte an der Finanzierung der Ausbildung beteiligt sei, sodass die Kosten im Rahmen eines Umlageverfahrens verteilt würden. Da die generalistische Ausbildung fortbestehe, sollten die Möglichkeiten und Chancen dieser Ausbildungsform weiterentwickelt werden. Bezüglich § 113 SGB XI weist Rainer Keßler darauf hin, dass es einen Bestandsschutz für die vorhandenen Personalstellen gebe. In diesem Zusammenhang sei zu prüfen, wie die Einrichtungen mit diesen Vorgaben bestmöglich umgehen können.

zu TOP 6: Vorstellung des geplanten Hospiz- und Palliativzentrums „Pauline“, stationäres Hospiz mit 8 Plätzen und Tageshospiz mit 4 Plätzen

Referentinnen: Ulrike Molitor, Leitung Fachbereich Ethik, VKA AchtsamZeit – Hospizdienst und gesundheitliche Vorsorgeberatung; Sabine Breimann, VKA Projektleitung Lebenswert

Anlage Nr. 3: Präsentation

Ulrike Molitor informiert über das Vorhaben des geplanten Hospiz- und Palliativzentrums. Neben verschiedener Bedarfserhebungen wurden relevante Akteure aus dem Bereich der Palliativ- und Hospizarbeit zum Vorhaben befragt. Das Zentrum werde aus vier Hauptdiensten bestehen: ein stationäres Hospiz mit acht Plätzen, ein Tageshospiz mit vier Plätzen, dem bereits vorhandenem ambulanten Hospizdienst sowie der neuen Beratungsstelle „Lebenswert“. Durch eine enge Zusammenarbeit mit den Schwestern der Christlichen Liebe sollen Synergieeffekte geschaffen werden. Zudem sei bereits ein Erfahrungsaustausch mit bestehenden Tageshospizen erfolgt, um Best Practices zu übernehmen und den Betrieb optimal zu gestalten.

Ulrike Molitor berichtet, dass das geplante Tageshospiz eine neue und in der Region noch relativ unbekanntere Leistung darstelle. Der Betrieb solle täglich von 08:30 Uhr bis 16:30 Uhr erfolgen und vor allem eine Entlastung für Angehörige und Familien bieten. Da die Finanzierung des Hospiz- und Palliativzentrums auf Spenden angewiesen sei, sei eine intensive Öffentlichkeitsarbeit essenziell, um den Bekanntheitsgrad zu steigern. Die Beratung und Betreuung in allen Bereichen des Zentrums richte sich an Menschen ab 18 Jahren.

Werner Jülke erkundigt sich, welche Gäste in die Einrichtung aufgenommen werden und fragt, ob auch Menschen mit altersbedingten, schweren Erkrankungen aufgenommen werden, die nicht onkologisch erkrankt sind.

Ulrike Molitor erklärt, dass die Aufnahmevoraussetzung eine ärztliche Bescheinigung ist, die bestätigt, dass die betreffende Person eine palliative Betreuung benötigt. Dies gelte unabhängig von der Art der Erkrankung.

Sabine Breimann informiert über die laufende Entwicklung der Beratungsstelle „Lebenswert“, die sich mit der Thematik Suizidassistentz der Altenhilfe befasst und verweist auf die erarbeitete Positionierung des katholischen Trägers. Der zentrale Ansatz dieser Positionierung sei die Stärkung der Lebensbindung und Lebensqualität der Menschen. Die Beratungsstelle „Lebenswert“ befinde sich derzeit noch im Aufbau, weshalb die Vision und Struktur noch entwickelt werden. Diesbezüglich seien die Mitarbeitenden offen für Bedarfe, Anregungen und Kooperationen, um die Arbeit zielgerichtet und bedarfsgerecht zu gestalten. Die mobile Ethikberatung, Selbsthilfeangebote und Letzte Hilfe Kurse sollen in das Angebot integriert werden. Ein weiteres zentrales Anliegen der Beratungsstelle sei die Förderung von Quartiersarbeit. Diese möchte ehrenamtliches Engagement fördern und aufsuchende Angebote umsetzen, um Menschen im Quartier zu erreichen. Die Beratungsstelle grenze sich von Akuthilfen ab, indem eine langfristige Beratung und Unterstützung in schwierigen Lebenssituationen geboten werde.

Dr. med. Manfred Borchert erkundigt sich, ob die Beratungsstelle auch Menschen begleite, die einen Suizidwunsch äußern.

Sabine Breimann teilt mit, dass die Beratungsstelle Menschen mit einem Suizidwunsch beratend zur Seite steht und sie umfassend über Hilfsangebote informiert. Sabine Breimann stellt klar, dass die Beratungsstelle kein Dienstleister für Suizidassistentz ist. Ziel der Beratung sei es, Wege aufzuzeigen, die ihnen neue Perspektiven und Unterstützungsmöglichkeiten eröffnen. Sie betont auf Nachfrage, dass die Beratungsstelle für alle Menschen offen ist, unabhängig von Herkunft, Religion oder Kultur.

Kirsten Rügenbrink bedankt sich bei Ulrike Molitor und Sabine Breimann für die Vorstellung des geplanten Hospiz- und Palliativzentrums.

zu TOP 7: Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen 2024 – 2027 Beratung und Abstimmung

Kirsten Rügenbrink informiert über die aktuelle verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Dauerpflegeplätze, die eine kreisweite Überdeckung an Plätzen feststellt, jedoch in einzelnen Kommunen einen zusätzlichen Bedarf an vollstationären Dauerpflegeplätzen ausweist. Die Mitglieder werden gebeten, sich mit der Frage der Fortschreibung der verbindlichen Bedarfsplanung für die kommenden Jahre auseinanderzusetzen. Erfahrungen der bisherigen Ausschreibungen zeigen, dass für interessierte Trägerinnen und Träger die gesetzlich vorgegebene Frist von sechs Monaten Probleme bereitet, um alle erforderlichen Unterlagen fristgerecht einzureichen.

Kirsten Rügenbrink lässt die anwesenden Mitglieder folgende Empfehlung abstimmen:

Im Rahmen der verbindlichen Bedarfsplanung wird ein zusätzlicher Bedarf an vollstationären Dauerpflegeplätzen festgestellt. Es wird empfohlen, eine Bedarfsausschreibung von 43 vollstationären Dauerpflegeplätzen in Salzkotten, 15 vollstationären Dauerpflegeplätzen in Delbrück, 8 vollstationären Dauerpflegeplätzen in Büren und 7 vollstationären Dauerpflegeplätzen in Borchen gemäß § 27 APG DVO NRW vorzunehmen. Die Bedarfsausschreibung ist durch den Kreistag zu beschließen.

Ergebnis:

Die anwesenden Mitglieder stimmen der Empfehlung einstimmig zu.

zu TOP 8: Beratung von Investitionsvorhaben

8.1: Separate Kurzzeitpflege Füllenhof mit 9 Plätzen

Brokstraße 14, 33184 Altenbeken

Träger: Füllenhof GmbH, Brokstraße 14, 33184 Altenbeken

Kirsten Rügenbrink lässt die anwesenden Mitglieder folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Kommunale Konferenz Alter und Pflege nimmt nach Beratung die geplante Schaffung der separaten Kurzzeitpflegeplätze im Füllenhof zur Kenntnis und stimmt dieser zu. Eine Beratungsbescheinigung wird ausgestellt.

Ergebnis:

Die anwesenden Mitglieder stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

8.2: Vollstationäre Pflege St. Elisabeth Pflege und Wohnen

Tegelweg 17, 33102 Paderborn

Träger: Marienheim gGmbH, Gewerbepark 16, 59069 Hamm

Kirsten Rügenbrink lässt die anwesenden Mitglieder folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Kommunale Konferenz Alter und Pflege nimmt nach Beratung die geplante Erweiterung der vollstationären Pflegeeinrichtung Haus St. Elisabeth Wohnen und Pflege zur Kenntnis und stimmt dieser zu. Eine Beratungsbescheinigung wird ausgestellt.

Ergebnis:

Die anwesenden Mitglieder stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

8.3: Tagespflege St. Stephanus mit 18 Plätzen

Arndtstr. 33, 33100 Paderborn

Träger: Marienheim gGmbH, Gewerbepark 16, 59069 Hamm

Kirsten Rügenbrink lässt die anwesenden Mitglieder folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Kommunale Konferenz Alter und Pflege nimmt nach Beratung die geplante Erweiterung der bisherigen Tagespflege Haus St. Elisabeth (neu: St. Stephanus) zur Kenntnis und stimmt dieser zu. Eine Beratungsbescheinigung wird ausgestellt.

Ergebnis:

Die anwesenden Mitglieder stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu TOP 10: Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Themen.

Kirsten Rügenbrink verabschiedet die anwesenden Personen und bedankt sich für die Teilnahme und für das rege Interesse.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr

gez. Kirsten Rügenbrink
Vorsitzende

gez. Lisa Weber
Schriftführerin

Mitglieder/stellv. Mitglieder der Sitzung vom 30.10.2024

Andrea Klausing Werner Jülke	CDU – Kreistagsfraktion, stellv. Vors. KSGA Bündnis 90/Die Grünen
Frank Ricke Margot Becker	Pflegeberatung des Kreises Paderborn Ombudsperson Kreis Paderborn
Rainer Keßler	Caritas-Verband Paderborn e.V.
Birgit Heckers Christiane Wolf Christian Roth Guido Dlugai Annika Sandbothe	AG Heimleiter gemeinnützige Träger AG Heimleiter private Träger Ambulante Dienste, private Träger Betreute Wohngemeinschaften Betreute Wohngemeinschaften
Sonja Bergenthal	Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz OWL
Friedhelm Ringwelski	Heimbeirat
Michaela Weigel Jutta Schwemin	Stadt Paderborn – Soziale Teilhabe Stadt Delbrück
Ursula Barlen Warich Waltraud	Seniorenbeirat der Stadt Delbrück Seniorenbeirat der Stadt Delbrück
Marco Möller	Bildungs- und Integrationszentrum Kreis Paderborn
Nelli Bernhardt Mechthild Müller	Betreuungsstelle des Kreises Paderborn Betreuungsstelle der Stadt Paderborn
Rebecka Musiol	Gemeinde Altenbeken
Ute Mertens	Selbsthilfe-Kontaktstelle Paderborn
Hannelore Erkan	Innovative Wohnmodelle, Gezeiten e.V. Miteinander leben
Dr. med. Manfred Borchert	Zahnärztekammer NRW und Kassenzahnärztliche Vereinigung
Andreas Bogusch	St. Johannisstift GmbH
Gisela Herbort Claudia Schütte	Medizinischer Dienst Westfalen-Lippe Medizinischer Dienst Westfalen-Lippe
Matthias Hansjürgens	Schule für Pflege und Gesundheit Paderborn gGmbH
Sidney Kerstein	LWL-Klinik Paderborn
Claudia Günter	AOK NordWest
Lina Pühs	Gesundheitsamt Kreis Paderborn

Weitere Teilnehmende/Gäste:

Ralf Diegel	St. Vincenz Altenzentrum, Teamleitung Verwaltung
Julia Ernst	Betreuungsstelle Kreis Paderborn, Praktikantin
Andrea Knaak	VKA, Mobile Dienste St. Katharina
Gerda Lechner	Malteser Hilfsdienst e.V.
Alexander Nolte	Füllenhof Altenbeken, Einrichtungsleitung
Steffen Sander	Pflegebären, Pflegedienstleitung Tagespflege
Magdalena Vollbrecht	St. Elisabeth Paderborn Pflege + Wohnen, Pflegedienstleitung
Stephanie Wieczorek	St. Vincenz Altenzentrum, stellv. Pflegedienstleitung
Beate Wippermann	Kreis Paderborn, Amt Wirtschaft & Tourismus